

Nicht Demokratie "herrscht", sondern die Korruption

Erneut ist die politische Kontroverse bis zum Ministerium des "Unantastbaren" Luis Armando Rabbé (Schwager des Präsidenten Portillo, Anm. d. Redaktion) gelangt. Dieses Mal wird sie ausgelöst durch den Vorwurf, Angestellte des Ministeriums für Kommunikationswesen, Infrastruktur und Wohnungsbau (MICIVI) hätten von Baufirmen Provisionszahlungen verlangt. Der Minister verteidigt sich, indem er behauptet, das seien nur Erfindungen einiger Leute und vor allem der Presse, um seinen Rücktritt zu erwirken. Betriebsgewerkschaften der ministerieneigenen Baufirmen und die Regierung stehen aber hinter ihm. Das Problem ist Bestandteil eines der größten Übel des Landes: die Korruption. (Dieser Artikel erschien am 26. Januar 2001 in *inforpress centroamericana*.)

Korruptionsvorwürfe

In den letzten Wochen hat das Ministerium MICIVI einen großen Teil der Aufmerksamkeit der lokalen Medien in Beschlag genommen, da begründeter Verdacht auf Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Projekten zur Instandhaltung des Verkehrsnetzes im Land aufgetaucht war.

Der Stein kam ins Rollen, weil Edgar Piñeda, Subdirektor von COVIAL (Amt zur Instandhaltung des Verkehrsnetzes), das direkt dem MICIVI untersteht, seines Postens enthoben wurde. Dieser hatte behauptet, Ministeriumsangehörige würden von Firmen eine Provision verlangen, damit diese den Zuschlag zu einem Auftrag bekämen.

Die Zeitung *El Periódico* veröffentlichte, dass mehrere Bauunternehmer versichert haben, Carlos Herrera und Mynor Ruiz, beide FRG-Stadträte und ehemalige Berater von Minister Rabbé, hätten 60.000 Quetzal von ihnen verlangt. Im Gegenzug wollten diese dann die Vergabekommission anweisen, den Auftrag für die Projekte an die Baufirmen zu vergeben, die die Schmiergelder bezahlt haben.

Auch um Aufträge für Reinigungsarbeiten zu erhalten, sollen Schmiergelder bezahlt worden sein.

Marco T. Reyna, der Geschäftsführer vom Verband der Bauunternehmen, der ebenfalls unter Korruptionsverdacht steht, erklärte, dass in diesem Jahr die Ausschreibungen geheim durchgeführt wurden und bewusst viele alte Geschäftspartner und Mitglieder ausgeschlossen wurden, um neuen Unternehmen eine Chance zu geben. Trotzdem möchte der Verband Spekulationen über mögliche Korruption keinen Raum geben, da sie über die Vorwürfe zu wenig Information habe. Die Mitglieder wiederum scheuen sich vor einer Veröffentlichung ihrer Vorwürfe aus Angst, dann lukrative Aufträge zu verlieren.

Die Bauunternehmen klagen außerdem über Zahlungsverzögerungen, langwierige Vertragsverhandlungen und demzufolge kaum die Möglichkeit zu haben, Arbeiten fristgerecht ausführen zu können.

Der Interimsdirektor von COVIAL, Vinicio Quiñonez, hingegen versichert, dass das *Procedere* völlig normal gewesen sei und dass niemals illegale Zahlungen stattgefunden hätten.

Der Minister verteidigt sich

Rabbé rief eine Pressekonferenz ein, um einen ersten Schritt gegen die erhobenen Anschuldigungen zu unternehmen. Er fiel über die Printmedien her und warf ihnen vor, eine Kampagne lanciert zu haben, die ihn um sein Ansehen bringen soll. Rabbé meint, bei dieser Kritik handele es sich um Missbrauch der Meinungsfreiheit in Guatemala.

Das Verhalten der Baukammer erklärte er mit Angst vor Lobby-Verlust, die sie bei dem ehemaligen Geschäftsführer hatten. Gleichzeitig übergab er Kopien, die eindeutige Beweise über Piñedas Mitwirkung an Korruptionsfällen erbringen sollen.

Die ganzen Vorwürfe liegen dem Innenministerium vor, weshalb Präsident Alfonso Portillo die Bildung einer Untersuchungskommission angeordnet hat, die allerdings bis heute noch keine genaueren Ergebnisse vorlegen kann. Bisher wurde nur die Amtsenthebung einiger Beamter und eine Neuorganisation des MICIVI beschlossen.

Die Kritik an Rabbé wird schon seit seiner Ernennung erhoben von Seiten von ArchitektInnen, IngenieurInnen, AkademikerInnen und PolitikerInnen, die aber immer ins Leere liefen aufgrund der Rückendeckung durch den Präsidenten selbst und die FRG-Kongressfraktion. Bis zu fünf Betriebsgewerkschaften haben in solchen Fällen durch Zeitungsanzeigen öffentlich ihre Unterstützung für Rabbé bekundet.

Gegen fast alle Behörden und Regierungsstellen werden Korruptionsvorwürfe erhoben. Die aufsehenerregendsten in dieser Regierungsperiode richten sich gegen die verschiedenen Präsidialsekretariate, die Zoll- und Polizeibehörden, Transportunternehmen, Migrati-

onsbeamte, Gesundheits- und Alfabetisierungsprogramme, Nationaler Friedensfonds (FONAPAZ). Auch dem Präsidentsamt selbst werden im Umgang mit öffentlichen Mitteln Verschwendung und Unregelmäßigkeiten vorgeworfen.

Problem ohne Lösung?

Der Chef des nationalen Rechnungshofes (CGCN), Marco Tulio Abadío, ist überzeugt, dass sich an der

Situation nichts ändern wird, solange die Gesetze nicht mit der nötigen Rigorosität angewendet werden, eine Aufgabe, die dem Innenministerium und der Staatsanwaltschaft zufalle.

Manfredo Marroquín der BürgerInnenvereinigung Acción Ciudadana sieht das Problem im fehlenden Willen des Innenministeriums, die Informationen über Korruption weiterzugeben. Abadío teilt diese Ansicht und ergänzte, dass sich die Situation weiter verschlimmere, weil neben der Korruption auch das Phänomen der Vetternwirtschaft existiere, wie man

am Kongress sehen könne, wo 15 bis 20 Mitglieder einer einzigen Familie arbeiten. Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft, Behördenstellen, politische Parteien und der CGCN versuchen derzeit die Gründung einer nationalen Instanz für Ethik und Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten (INETGT), die die Korruption im staatlichen Bereich bekämpfen und eindämmen soll.

Die Gewalt frisst ihre Kinder

Der Innenminister will Sicherheit produzieren

(Guatemala, 16.02.) Angesichts der nach wie vor steigenden Gewalt und Kriminalität im Land forderte Innenminister Byron Barrientos bei einem Treffen mit der PAN-Fraktion eine Aufstockung seines Etats um 200 Mio. Quetzal.

Gleichzeitig kündigte er an, dass künftig die Nationalpolizei PNC verstärkt auf Streife gehen werde und zwar ohne Begleitung von Soldaten. Da im Laufe des Monats Februar 700 neue PolizistInnen ihre Ausbildung abschließen, könne das Sicherheitsprogramm in Kombination mit der Armee beendet werden.

Bei diesem Anlass gab Barrientos auch bekannt, dass er bei seinem Amtsantritt auf Unregelmäßigkeiten innerhalb der Polizei gestoßen sei, wie z.B., dass Mitglieder der Kriminalpolizei (SIC) kriminelle Banden mit Informationen versorgten.

Ebenfalls wies er darauf hin, dass die gesetzlichen Möglichkeiten einer verstärkten Säuberung der PNC beschränkt seien. Deshalb wolle er demnächst im Kongress einen Gesetzentwurf einbringen, um diese Arbeit zu erleichtern.

Besorgnis über die Menschenrechtslage

(Guatemala, 15.02.01) Aufgrund der Bedrohungen von MenschenrechtsaktivistInnen empfahl MINUGUA die Anwendung weiterer Sicherheitsmaßnahmen.

Zudem forderte die UNO-Institution, dass die verschiedenen Staatsorgane ihre Arbeit koordinierten, die Polizei verstärkt, die Stelle eines Sicherheitsbeauftragten geschaffen und endlich die Justizreform zur Bekämpfung von Kriminalität und Straffreiheit angegangen werde.

MINUGUA äußerte ihre Besorgnis über die Unsicherheit, in der die GuatemalteKInnen leben. Diese sei verursacht durch die allgemeine und organisierte Kriminalität und verantwortlich dafür, dass die Menschen nicht einmal das grundlegende Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hätten.

Gleichzeitig gab MINUGUA auch bekannt, dass Personal der Stiftung Myrna Mack bei ihrer Arbeit, die Ergebnisse des Remhi-Projekts (Aufklärung der Kriegsgeschehen) im Departement Chimaltenango an die Bevölkerung weiterzugeben, bedroht werde.

"Diese Vorfälle reihen sich ein in eine Vielzahl von Anzeigen von Bedrohungen und Einschüchterungen gegenüber Personen und Einrichtungen, die für die Menschenrechte eintreten.

Solange all dies nicht von den entsprechenden staatlichen Stellen vollkommen aufgeklärt wird, bleibt die Ungewissheit über deren wahren Urheber bestehen und ein begründetes Angst- und Unsicherheitsgefühl bei den betroffenen Personen und Organisationen zurück."

Massive Putschgerüchte

(Guatemala, 28.2.) Seit fünf Tagen mehren sich wieder einmal gezielt gestreute Putschgerüchte in der Hauptstadt, sodass sich Präsident Alfonso Portillo genötigt sah, sie nicht nur zu dementieren, sondern er nutzte sie, um Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren.

Mit Haut und Haaren werde er die Demokratie und den Frieden verteidigen, sagte er im Rahmen der Übergabe von neuen Streifenwagen in der Polizeifachschule, nicht nur hinter einem Mikrofon oder mit einem Federhalter. Er habe keine Angst vor denen, die es störe, dass er ein Präsident für alle sei und nicht nur für einpaar Großmäuler und Feiglinge.

Verschiedene Sektoren der Zivilgesellschaft Guatemalas forderten Präsident Portillo auf, die Bedrohung durch die Putschgerüchte ernst zu nehmen und seine Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Untermuert wurde die Ernsthaftigkeit der Putschgerüchte auch in gewisser Weise mittels Verlautbarungen am 1.3. vom Ständigen Rat der Organisation Amerikanischer Staaten und auch von der Rio-Gruppe Lateinamerikanischer Staaten, in der der verfassungsmäßigen Regierung die volle Unterstützung zugesichert wird und die Träger Öffentlicher Gewalt aufgerufen werden, die Gesetzmäßigkeit und die Rechtsstaatlichkeit im Land zu verteidigen.

Attentat auf Familie von Ex-General Otto Pérez Molina

(Guatemala, 22.02.) Erschütterung erregte das Attentat auf Liseth Pérez de Solórzano, die Tochter des Generals i.R. und ehemaliger Chef des berechtigten Geheimdienstes EMP Otto Pérez Molina. De Solórzano wurde in ihrem Wagen durch fünf Schüsse verletzt. Kurz darauf wurde die Frau eines Industriellen in ihrem Wagen erschossen, der vor dem Fahrzeug der Gattin des Generals fuhr.

Molina machte die Regierung als "Garanten der öffentlichen Sicherheit" für die "Welle unkontrollierter Gewalt" verantwortlich. Obwohl bereits drei Monate zuvor ein Attentat auf seinen Sohn verübt worden war, sei nichts von Seiten der Regierung, zu dessen Aufklärung unternommen worden.

Nichts desto trotz arbeitete Otto Pérez Molina weiter an der Gründung seiner neuen politischen Partei, die am 25. des Monats ihre Gründungsversammlung mit einem Wortgottesdienst abhielt. Diese Partido Patriota (Vaterlandspartei) stellte sich als neue Option vor für alle von den bisherigen Parteien frustrierten Wählerinnen; Parteien, die es nicht geschafft hätten im Laufe des zurückliegenden 18jährigen Demokratisierungsprozesses, in der Nation neue Perspektiven aufkeimen zu lassen.

Sowohl MINUGUA geht davon aus, dass das Attentat politische Hintergründe hat, als auch der General selbst. Molina brachte offen zur Sprache, dass er sowohl Verwicklungen von Präsident Portillo hinter dem Attentat vermute, der

ihm den Vorwurf machte, er destabilisiere mit seinen parteipolitischen Umtrieben seine Regierung, als auch von der anderen FRG-Machtströmung des Ex-Putschisten und derzeitigen Kongreßpräsidenten Efraín Ríos Montt, zu dessen Sturz er im Jahre 1983 beigetragen habe.

Aparte staatliche Zwangs-Alfabetisierungs-Kampagne

Die Eltern der SchülerInnen der beiden Privatschulen Liceo Guatemalteco und Winbridge gaben dem Erziehungsminister Mario Torres klar zu verstehen, dass er sein Ziel, die AnalphabetInnenrate innerhalb seiner Amtszeit zu senken, ohne die Unterstützung ihrer Kinder erreichen müsse. Um diese Aussage zu unterstreichen, protestierten sie mit gelben Bändern entlang der Avenida Reforma und verbanden damit das Liceo Guatemalteco mit dem Erziehungsministerium. Die Elternvertretung erklärte, sie sei nicht grundsätzlich gegen den "Kampf gegen den Analphabetismus", jedoch müsse dieser ohne ihre Kinder geführt werden.

Mit ihrer Aktion beziehen sich die Eltern auf die jüngste Kampagne des Erziehungsministers, die darin besteht, dass alle SchülerInnen während ihrem letzten Schuljahr fünf Personen alfabetisieren sollen.

Die Ankündigung dieses Programms hat landesweite Proteste der Schüler- und Elternschaft hervorgerufen und der Presse eine Flut von LeserInnenbriefen beschert.

"Unsere Kinder müssten abgelegene und arme Stadtbezirke besuchen, was für sie gefährlich werden kann", ist eines der Argumente der 'besorgten' Eltern. "Die zu alfabetisierenden Personen kommen in unsere Häuser und können auskundschaften, was wir besitzen und wann wer zuhause ist, um dann später bei uns einzubrechen", lautet ein anderes Argument. Es ginge nicht darum, unsolidarisch zu sein, immerhin machten ihre Kinder innerhalb ihrer Schul-

zeit ein Sozialpraktikum in einem Spital oder in einem Altenheim. Eine andere Mutter ging noch weiter: "Wer wisse, ob unsere Kinder mit Gewalttätern und Räufern zu tun bekommen oder ob sie gar entführt werden?" Der Gedanke vom Erziehungsminister, SchulabgängerInnen in eine Alfabetisierungskampagne zu integrieren, um ihnen so vielleicht die sozialen Probleme des Landes etwas näher zu bringen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Sein Problem ist, dass er diesen Vorschlag zu einem ungünstigen Zeitpunkt getan hat und die Kampagne auf sehr unsensible Art und mit staatlichem Zwang angegangen ist.

Kurz nach Anordnung der Kampagne wurde die Bilanz veröffentlicht über seinen letztjährigen Versuch, den Analphabetismus zu bekämpfen. Damals rief er eine groß angelegte, nationale Kampagne aus, mit der er das Blaue vom Himmel versprach. Die veröffentlichten Zahlen zeigen jedoch ein mageres Ergebnis: Relativ wenig Leute engagierten sich noch viel weniger Personen als erwartet wurden alfabetisiert.

Zurecht wird Torres auch dafür kritisiert, wie er auf die Proteste der zu 'AlfabetisiererInnen' verdonnerten SchülerInnen reagierte.

Da die einzelnen Schulen unterschiedliche Argumente anführten, weshalb sie gegen die Kampagne seien, begann Torres, je separate Verhandlungen zu führen mit dem Ergebnis, dass nun SchülerInnen der einen Schule fünf Personen, die einer anderen hingegen nur eine Person alfabetisieren müssen.

Dass es ihm vielmehr darum geht,

sich kurzfristig durch eine hohe Anzahl 'alfabetisierter' BürgerInnen zu profilieren als um einen wirklichen sozialen Fortschritt, beweist auch die Kurzsichtigkeit, mit der er seine jüngste Kampagne plante: Die AusbilderInnen sollen in einer zweitägigen Schnellbleiche in die Grundlagen von Didaktik und Methodik eingeführt werden.

Mit durchschnittlich zwei Lektionen "Alfabetisation" pro Woche, dauert es einige Monate, bis eine Person Lesen und Schreiben gelernt hat. Damit sie dies aber nicht alsbald wieder verlernt, braucht sie während längerer Zeit regelmäßige Übung. Da es sich aber bei den SchülerInnen um ihr letztes Schuljahr handelt und sich nachher wohl kaum jemand um die Weiterführung der Kleingruppen kümmert, wird in den meisten Fällen die Alfabetisierung in den Kinderschuhen stecken bleiben - für die Alfabetisierten ein Frust und für die Alfabetisierenden der Beweis dafür, dass sie mit ihren heutigen Protesten im Recht waren.

Der Korruptions-Blues goes on ...

(Guatemala, 27. Feb.) Während Verstreterinnen der Zivilgesellschaft sich nicht einig über die Bildung einer Instanz gegen die Korruption sind, werden weitere Unregelmäßigkeiten im öffentlichen Sektor aufgedeckt, die nur als die Spitze des Eisberges bezeichnet werden.

Scheinfirmen wurden vom MICIVI (Infrastruktur- und Bauministerium) mit Millionenaufträgen bedacht.

Obwohl gesetzlich vorgeschrieben ist, dass die beauftragten Firmen Erfahrung haben, einen Solvenznachweis erbringen müssen und über eine taugliche Gerätschaft verfügen sollen, wurden über die Hälfte der begünstigten Unternehmen erst kurz vor Vergabe der Aufträge gegründet.

Mehr als 14 Bauunternehmen, die in dem Dokument namens "Verträge,

über Bau und Aufsicht von Sofortstraßenbauprojekten im Jahr 2000" genannt werden, wiesen rechtswidrige Formfehler wie die Nicht-Eintragung im Handelsregister, eine fiktive oder die Adresse eines Privathaushaltes auf.

Beim MICIVI selbst gibt es einige Angestellte, die sehr besorgt über die Korruptionsfälle sind, aber nur hinter vorgehaltener Hand darüber reden und der Presse Informationen zuspieren aus Angst vor Repressalien.

Minister Rabbé ist zu keiner weiteren Stellungnahme bereit, da ihm "eh immer die Worte im Mund herumgedreht werden." Er würde nur Fragen beantworten, die ihm zuvor schriftlich zugesendet wurden.

Präsident Portillo hat angeblich bis zum 19.2. noch keine Ergebnisse von der Untersuchungskommission erhalten,

obwohl er brutalstmögliche Aufklärung versprochen hatte.

Der vom Kongress beauftragte M. T. Abadío, Leiter des Rechnungshofes (CGCN) beteuerte, dass er spätestens Ende Mai Ergebnisse über die Untersuchungen von Korruptionsfällen in Ministerien, Ämtern und Fonds öffentlicher Gelder vorlegen werde. Er bestätigte am 27.2 die vermutete Geldveruntreuung im Krankenhaus San Juan de Dios. Nachdem sich das Hospital im vergangenen Jahr im Ausnahmezustand wegen fehlender Ressourcen befand, hatte es 60 Mio. Quetzal Nothilfe bekommen. Von dem Geld wurden völlig überbeuerte Geräte angeschafft, so dass Abadío mutmaßte: "das Notabkommen zwischen Regierung und Krankenhaus diente einzig der Korruption."

Millionen in treuen Händen

(Guatemala, 28.2.) Nicht nur wegen Korruption und Verschwendung im öffentlichen Sektor gibt es Proteste.

Am 19. Februar haben zahlreiche Kundinnen ihre Konten bei der Banco Empresarial aufgelöst, da in der Woche zuvor sieben Mitglieder des Verwaltungsrates dieser Bank wegen des Verdachts auf Unterschlagung von 40 Millionen Quetzal verhaftet wurden. Um die Liquidität der Bank zu erhalten, steuerte der Staat einen Kredit von 500 Mio. Quetzal bei.

Und: Die Banco Promotor, deren Eigentümer Francisco Alvarado Macdonald einer der Hauptfinanciers der Wahlkampagne von Alfonso Portillo war, hält weiterhin 145 Mio. Quetzal Regierungsgelder in ihrem Depot, die eigentlich für soziale Angelegenheiten bestimmt waren und bei Nichteinsetzen im letzten Jahr in den Staatshaushalt hätten zurück-

fließen müssen. Auch bei der Banco Metropolitano, die ebenfalls Macdonald gehört, liegen noch weitere 100 Mio. Quetzal in Treuhänderschaft, die der Wohnungsfonds FOGUAVI im Jahr 2000 angeblich für die Finanzierung von Sozialbauwohnungen verwendet hat. Nachdem dies bekannt wurde, stellte Finanzminister Manuel Maza und Minister Rabbé der Öffentlichkeit schnell Projekte vor, die ein Volumen von 210 Mio. Quetzal betragen.

Demnach sollen Landkauf- und Wohnungsbauprojekte für die vom Krieg entwurzelte Bevölkerung in den Verapaces gefördert werden.

Am 28.2. bestätigte dann der Rechnungshof, dass sich die 145 Mio. Quetzal, die in keiner offiziellen Statistik auftauchen, tatsächlich bei der Banco Promotor illegalerweise in Treuhänderschaft befinden.

Ausweitung der Bankenkrise

(Guatemala, 2.3.) Nachdem der Rechnungshof am 27. Februar von den Banken Promotor und Metropolitano die illegal deponierten Haushaltsgelder zurückforderte, schien ihr Konkurs bevorzustehen. Dieser wurde dank der guten Beziehungen des Eigentümers Alvarado Macdonald zum Präsidenten Portillo abgewendet. Die Geldhüter der Nation wurden angewiesen, allein diesen beiden Banken 900 Mio. Quetzal als Dispositionskredit zur Verfügung zu

stellen. Die Kommission des Steuerpakts (CSPF) äußerte starke Bedenken zu dieser Kreditvergabe, die kontraproduktiv sei für die Volkswirtschaft und gegen die vom Kongress gebilligten Haushaltsbeschlüsse für 2001 verstoße, die eine Eindämmung der Staatsausgaben und keine Steuererhöhungen vorsehen.

Fall Gerardi

(Guatemala, 23.2./6.3.) Die Richterin Yasmín Barrios kann nach Urteil der Apellationsstelle weiterhin am Gerichtsverfahren im Mordfall Bischof Gerardi als Beisitzende teilnehmen. Die von der Verteidigung des Hauptangeklagten vorgebrachten Befangenheitsargumente wurden zurückgewiesen.

Der neue Termin für den Verhandlungsbeginn ist auf den 22.3. festgesetzt worden.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Randale

(Guatemala, 25.2.) Minister Rabbé hat sich in den ihm ergebenden Fernsehsendern zu den Vorwürfen der mangelnden Transparenz im Umgang mit Staatsgeldern geäußert und von einer gegen ihn laufenden Diffamierungskampagne gesprochen.

Die regierungsnahen Sender nahmen selbst Stellung in der Kontroverse und bezichtigten die Printmedien, vor allem Prensa Libre und El Periódico, der fehlenden Objektivität und des ständigen Zitierens anonymer Quellen.

Am 20.2. belagerten gut 60 AnhängerInnen Rabbés den Sitz der Zeitung El Periódico in der Zone 13, beschädigten die Eingangstüren, bedrohten JournalistInnen und warfen eine brennende Piñata in das Gebäude. Die herbeigerufene Nationalpolizei griff erst nach wiederholten Aufforderungen von JournalistInnen diverser Medien in den Tumult ein.

Laut den MitarbeiterInnen der Zeitung waren viele der Randalierer Angestellte des MICIVI, die in Dienstwagen angekart worden waren.

Auf nationaler und internationaler Ebene wurde dieser Zwischenfall vor der El Periódico scharf kritisiert. Der Sonderbeauftragte der OAS für die Meinungsfreiheit beispielsweise forderte Präsident Portillo auf, eine genaue Untersuchung einzuleiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Menschenrechtsorganisationen, Oppositionsparteien und VertreterInnen der Zivilgesellschaft forderten außerdem den Rücktritt Rabbés.

Der Kongress verabschiedete am 22.2., teils zähneknirschend, eine Resolution, in der die Vorgänge verurteilt werden, die Solidarität mit der Presse bekundet wird und polizeiliche Untersuchungen gefordert werden. Auch soll untersucht werden, ob staatliche Ressourcen für diese Aktion missbraucht wurden.

Präsident Portillo traf sich mit Minister Rabbé; Ergebnis: Die an dem Tumult beteiligten MitarbeiterInnen und kleinen Funktionäre seines Ministeriums sind zu entlassen.

Rigoberta Menchú

(Guatemala, 27.2.) Friedensnobelpreisträgerin R. Menchú erhielt von der Autonomen Universität von Madrid die Ehrendoktorwürde zuerkannt als Würdigung des wagemutigen und zukunftsweisenden Kampfes der Frauen Lateinamerikas.

Erhöhung der Mehrwertsteuer in Diskussion

Schon im Januar brachten der Finanzminister und der Chef der Nationalbank die Erhöhung der bisher 10%igen Mehrwertsteuer (IVA) um 2% ins Gespräch, um das Steuerdefizit möglichst niedrig zu halten und um die Friedensverträge einzuhalten.

Tatsächlich gab es im vergangenen Jahr eine mehrheitliche Zustimmung der im Steuerpakt vertretenen gesellschaftlichen Sektoren für eine derartige Erhöhung, aber angesichts der Verschwendung von Steuergeldern durch den Präsidenten selbst und die vielerorts unverantwortliche Korruption und private Bereicherung an öffentlichen Geldern, kündigten die Organisationen des Volkes ihr gegebenes Wort auf.

Der Hintergrund der beabsichtigten Verbrauchsteuererhöhung dürfte das bevorstehende Treffen mit den Geberländern zur Finanzierung der Umsetzung der Friedensverträge sein, die ja bekanntlich in die Länge gezogen wor-

den ist. Als eigener Beitrag dafür sollte Guatemala ernsthaft eine Steuerreform durchführen, um die Staatseinnahmen zu erhöhen, um damit soziale Entwicklung zu finanzieren.

Bisher hat aber das existierende polit-ökonomische Machtverhältnis erfolgreich verhindert, dass eine Reform in Angriff genommen wurde, die die Lasten von den Konsumsteuern zu den direkten Steuern umverteilt.

KommentatorInnen weisen darauf hin, dass nicht nur diejenigen mehr Steuern zahlen sollten, die mehr besitzen, sondern dass auch in diesem Zusammenhang notwendigerweise das System der Steuererhebung und die einschlägige Bußgeld- und Strafordnung erneuert werden müsste; dann würde die Bevölkerung eine moderate MWSt.-Erhöhung akzeptieren und der Staat könnte auch das in den Friedensverträgen vereinbarte Ziel erreichen.

Finanzminister zurückgetreten

(Guatemala, 3.3.) Finanzminister Maza reichte vergangenen Freitag seinen Rücktritt ein. Er wurde ersetzt durch den bisherigen Wirtschaftsminister Weymann, dessen Posten mit F. Polá ersetzt wurde, der Geschäftsführer der Handelskammer war.

Maza tritt zurück mitten im Skandal bezüglich der anno 2000 illegal auf einer Privatbank deponierten Haushaltsmittel des Präsidentsamtes.

"Ich habe versucht, meine Sache so gut wie möglich zu machen, das Beste habe ich nicht erreicht.

Ich meine, die Geschichte wird es richten", sprach er bei seinem Rücktritt.

Dem Präsidenten nahestehende Quellen versicherten am selben Tag, dass auch die Tage des Bau-, Kommunikations- und Infrastrukturministers, Luis Rabbé, gezählt sein könnten; dies hänge u.a. noch vom Ergebnis der großen Anfrage im Kongress im Laufe dieser Woche ab.

Entschädigung von Ex-PAC

(Guatemala, 22.2.) Aufgrund des Demonstrationsdrucks von ca. 4000 Ex-Zivilpatrulleros des Petén gestanden Regierungsstellen diesen materielle Entschädigung zu für deren zwangsweise geleistete Drecksarbeit während des Krieges. Zuerst forderten die Ex-PAC's individuelle Zahlungen, stimmten aber nach Verhandlungen kollektiven Entwicklungsprojekten zu.

Mexico anerkennt Flüchtlinge

(16.2.) 207 guatemalteckische Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge erhielten von der mexikanischen Einwanderungsbehörde das Bleiberecht verbrieft. 80 Menschen davon waren erst kürzlich wieder von Guatemala nach Chiapas zurückgeflohen, weil sie in ihrer Heimat keine würdige Lebensgrundlage fanden.

Willkür und Demokratur der FRG im Kongress

Um den Folgen einer Aufhebung ihrer Immunität durch den Obersten Gerichtshof (CSJ) wegen der nachträglichen Verfälschung des ‚Gesetzes zur Besteuerung alkoholischer Getränke‘ (vgl. "Guate-Gate" Fijáte No. 216) änderte die Fraktion der Regierungspartei FRG mit ihrer Mehrheit kurzerhand die Bestimmungen eines Paragraphen der Geschäftsordnung des Kongresses, der bisher bestimmte, dass Abgeordnete in einem derartigen Fall ihr Amt und Mandat verlieren.

Dadurch entstand in der politischen Sphäre Guatemalas ein ziemliches Tohuwabohu und brachte viele Einzelnachrichten mit sich. Als eine Art Zusammenfassung dazu soll folgende Verlautbarung eines Sektors der Zivilgesellschaft dienen:

Kommuniqué zum Staatsstreich der Legislative

Die Änderung des Artikel 16 der Geschäftsordnung des Kongresses durch die Mehrheitsfraktion der FRG ohne jegliche Einhaltung gesetzlich vorgeschriebener Mechanismen in unheilbringender Sitzung vom Dienstag, den 27. Februar, kommt einem Staatsstreich der gesetzgebenden Gewalt gleich. Dabei dreht es sich um ein erneutes Beispiel von Anmaßung der Regierungspartei FRG und des Zynismus, wodurch sich ihre Abgeordneten auszeichnen.

Die beschlossene Modifizierung des Paragraphen dient lediglich dazu, die Straffreiheit der Abgeordneten zu garantieren, die das vom Kongress verabschiedete Gesetz zur Besteuerung alkoholischer Getränke im Nachhinein veränderten.

Dieses Vorgehen stellt gleichzeitig eine klare Botschaft an die Nation dar, dass für die FRG keinerlei Legalität und demokratische Spielregeln gelten, dass es ihr einzig und allein darum geht, ihre Schandtaten zu vertuschen.

Wir sagen der Öffentlichkeit ganz klar, dass offensichtlich die Gerüchteküche über einen angeblichen Staatsstreich, seit vergangenen Freitag bewusst angeheizt wurde, die ein ungutes Klima im Land geschaffen hat, auch nur zur Vernebelung der illegalen Vorhaben der FRG dienen sollte und des weiteren zur Einschüchterung der Justizbeamten des Obersten Gerichtshofes (CSJ) beitragen sollte, dass diese die von der Opposition beantragte Untersuchung und Verurteilung von FRG-Abgeordneten wegen des ‚Guate-Gate‘ auf die lan-

ge Bank schieben. Seit Dienstag hat die FRG-Fraktion endgültig ihre Legitimität verloren, sie hat sich zweifelsfrei als Angreifer der demokratischen Verfasstheit des Landes entpuppt.

Als Verteidigungsmaßnahme gegen diese verbrecherischen Praktiken entschlossen sich die Fraktionen der Opposition, aus dem Plenarsaal ausziehen und den Arbeitskommissionen und Treffen der Fraktionsvorsitzenden bis auf weiteres nicht mehr beizuwohnen.

Wir machen deutlich, dass die Abgeordneten der FRG die Verursacher für das Klima der Unregierbarkeit im Land sind; sie haben die Demokratie in die größte Instabilität gestoßen, sie haben außerhalb jeglicher vereinbarten Spielregeln gehandelt und gegen Gesetze verstoßen. Sie haben die Verfassungsordnung unseres Landes in ein Niemandsland verwandelt, in dem die Verabschiedung von Einzelgesetzten Handlungen nach sich ziehen, die, wie gesagt, einen legislativen Staatsstreich darstellen.

Es bleibt zu hoffen, dass der Oberste Gerichtshof die notwendige Würde und Courage dazu hat, die Feststellungsklage zuzulassen.

Denn sollte der Beschluss über diesen Fall hinausgezögert werden, würde dies der FRG erlauben, sich über den bisher gültigen Artikel 16 der Kongressgeschäftsordnung hinweg zu setzen.

Zumindest sollte das getan werden, was man von jemand mit einbisschen Anstand und Patriotismus erwartet, nämlich so zu handeln, wie es sich für RichterInnen ziemt, geltendes Recht zu respektieren.

Wir rufen die guatemalteckische Gesellschaft dazu auf, dass sie auf vielfältigsten Wegen den Angreifern auf die demokratische Gewalt zu verstehen gibt, dass in diesem Land noch intakte moralische Kräfte existieren und, dass sie sich über ihren Irrtum klar geworden ist, den sie mit ihrer Wahl vom November 1999 begangen hat.

Eine breiteste Kampagne zur Zurückweisung der Lügen, des Raubes und des Machtmissbrauchs ist jetzt angesagt!

!Weg mit der Straffreiheit!

BürgerInnenbewegung für Gerechtigkeit und Demokratie

Guatemala, 28. Februar 2001

Entscheidungen des Gerichtshofes

(Guatemala, 6.3.) Nach 13stündiger Beratung gab der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung über den Antrag der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von FRG-Abgeordneten bekannt, dem voll entsprochen wurde.

Demnach könnte jetzt 24 FRG-Abgeordneten der Strafprozess gemacht werden wegen Dokumentenfälschung, Unterschlagung und Vernichtung von Beweismitteln, Pflichtverletzung, Machtmissbrauch und Verfassungsverstoß.

Die Eingabe auf Überprüfung der Unrechtmäßigkeit bezüglich des neulich abgeänderten Artikels 16 der Kongressgeschäftsordnung wurde negativ beschieden.

Mit parlamentarischer Mehrheit der FRG sei dies beschlossen und mit der Extra-Ausgabe des Regierungsorgans vom 2. des Monats veröffentlicht worden, was kein Verstoß gegen geltendes Recht darstelle.

Ob diese Situation allerdings politisch Bestand hat, ist noch nicht sicher. Oppositionsabgeordnete zogen vom Kongress zum CSJ und trafen dort auf die BürgerInnenbewegung. Von da aus gingen sie zum Verfassungsgericht (CC), um eine Eingabe zu machen.